Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis

Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T. Pfd., 6 Monate 8.50 T. Pfd., 12 Monate 15.– T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.– R.-Mark, 3 Monate 13.– R.-Mark, 6 Monate 25.– R.-Mark oder Gegenwert. Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 60 Grusch, 4 Seite 30 Grusch. (Inlandspreise)

Geschäftsleitung: Schischhane-Karaköj Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.

Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

پوسته تورکیشه

فیاتی بیرنجی نسخه سی ۵ غروش

آیونه

اعلانات

3. JAHRGANG NO. 246 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel, Donnerst., 6. September 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

Baş-vekil «Liapçev» bütün Bulgar kabinesinin istifâsını hükûmete takdim etmiş-tir.

Büyük Afghan Meclisi üç senelik hidmet-i-askeriyeyi ve Afghan kıralının oğlunu-da Afghan Veliâhtı olarak kabul etdikten sora milli bayrak için siah, kırmızı, yeşil renklerini kabul ve tasdik etmiş-tir.

Berlinde, alman Iktisat-Nezaretinde, bir «Rusia encümeni» vücuda getirilmiş-tir.

Ministerpräsident Liapischew reichte die Gesamtdemission des bulgarischen Kabinetts ein.

Die Grosse Versammlung in Afganistan führte die dreijährige Militärdienstzeit ein, stimmte der Einführung der Schwarz-rot-grünen Landesflagge bei und bestätigte den ältesten Sohn des Königs als Thronfolger.

In Berlin wurde ein Russlandsausschuss der deutschen Wirtschaft gebildet.

Der Komintern zum polnisch-litauischen Konflikt.

Im Namen des Komintern veröffentlicht der polnische Delegierte Krajewski einen Artikel, in dem er zum polnisch-litauischen Konflikt Stellung nimmt. Die dritte Internationale meint, dass in dem polnisch-litauischen Streit die Wilnafrage nicht die Hauptrolle spiele. Es sei zwar nicht zu leugnen, dass Professor Woldemaras und die litauische Bourgeoisie gerne Wilna wieder zurückhaben möchten, aber weit wichtiger sei es, dass Pilsudski Kowno in Besitz nehmen wolle. Das bedeute, aber dass man den Krieg gegen die Sowjetregierung, vorbereite. Man könne kaum daran zweifeln, dass Polen früher oder später von Litauen Besitz ergreifen werde, wobei, es schliesslich gleichgültig sei, ob es durch eine militärische Besetzung oder durch sein Nachgeben der litauischen Regierung geschähe. Der Völkerbund würde bestimmt nicht die litauischen, sondern die polnischen Interessen im Auge haben. Auf den Plan Polens mit Russland Krieg zu führen, hätten schon die letzten grossen Manöver in Wilna hingewiesen. In der Rede, die Pilsudski in Wilna gehalten habe, sei zwar von Krieg nicht die Rede gewesen, im Gegenteil, Europa habe sich über den inhaltlosen Text der Marschallsworte gewundert, aber man dürfe sich dadurch nicht irre führen lassen; denn in dem Fehlen der Potitik habe gerade die politische Bedeutung der Rede gelegen. Pilsudski habe kein Wort über Litauen gesprochen, aber seine Zuhörer hätten ihn verstanden und hätten begeistert gerufen: «Auf! Wir wollen nach Kowno!» Pilsudski habe auch eingesehen, dass er durch sein Schweigen England die Möglichkeit erleichtere, einen Druck auf Litauen auszuüben. Ferner würde es Pilsudski jetzt leichter sein, wenn der Augenblick gekommen, plötzlich den erwarteten Ueberfall auf Litauen auszuführen. Der Marschall brauche sich keineswegs zu beeilen, denn der Ueberfall auf Litauen müsse Hand in Hand mit dem Angriff gegen die Sowjetregierung gehen. Dazu gehörten aber noch gewisse Vorbereitungen, doch seien die westlichen Imperialisten nicht bereit, den Feldzug gegen Moskau zu beginnen. So sei z. B. Deutschland noch nicht von den Westmächten gewonnen. Aber es würde nicht lange dauern, bis auch die deutsche Regierung bereit sein würde, sich den westlichen Mächten einzufügen. Dann würde der Krieg gegen Russland beginnen.

Der neue Präsident von Mexiko.

Berlin, 5. Sept.

Nach einer Meldung aus Mexiko plant man nach dem Rücktritt von Calles vorläufig nur die Wahl eines provisorischen Präsidenten mit ein bis zwei Jahren Amtsdauer, worauf erst die endgültige Präsidentenwahl erfolgen wird.

Calles-Epilog.

Berlin, 4. Sept.

Nach einer Meldung aus Washington bedauerte die amerikanische Presse den endgültigen Verzicht Calles auf die Präsidentschaft in Mexiko. Sie hebt besonders hervor, dass es Calles gelang, die beiderseitigen Beziehungen zu bessern und Ruhe und Frieden im Lande aufrecht zu erhalten.

Zur Uebung!

Um unsere Leser allmählich mit der neuen türkischen Schrift bekanntzumachen, werden wir von heute ab jeden Tag eine Meldung in türkischer Sprache mit den neuen Buchstaben veröffentlichen und daneben die deutsche Uebersetzung geben. Auf eine systematische Darstellung der neuen Orthographie werden wir in der nächsten Woche zurückkommen.

***

Hüsrev bey dün gitti.

Bir müdet-den beri me'zûnen şehirimizde bulunmakda olan Sofia sefiri Hüsrev bey dünkü Express-le Bulgar payitahtına hareket etmiş-tir.

Hüsref Bej gestern abgereist.

Der türkische Botschafter in Sofia Hüsref Bej, der sich einige Zeit auf Urlaub in Konstantinopel aufgehalten hat, ist gestern mit Orient-Express nach der bulgarischen Hauptstadt zurückgekehrt.

Ankunft Ismet Paschas in Angora.

Angora, 5. Sept.

Der Ministerpräsident Ismet Pascha ist heute hier eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von den höheren Beamten und zahlreichen weiteren Persönlichkeiten begrüsst. Ismet Pascha begab sich sofort zum Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej, mit dem er sich mehrere Stunden besprach.

Verlust der türkischen Staatsangehörigkeit.

In Anwendung des neuen Gesetzes über die türkische Staatsangehörigkeit, das wir vor einiger Zeit veröffentlichten, wurden folgende Personen der türkischen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt. Der Ingenieur Tütündschüsade Nedschmeddin Bej aus Samsun, wohnhaft in Triest, der in Paris lebende ehemalige Minister für Oeffentliche Arbeiten Bedros Haladschian, und ein gewisser Moses zuletzt wohnhaft in Smyrna, der ohne Genehmigung in die französische Armee eingetreten ist.

Die Sprachenkommission an die Druckereifachleute.

Die Sprachenkommission lässt folgende Bekanntmachung ergehen, die für alle Vertreter von Schreibmaschinen und Druckereimaterialfabriken von Interesse sein dürfte, da nunmehr die Feststellung der Testatur der neuen türkischen Schreibmaschinen in Angriff genommen werden soll.

„Die Sprachenkommission hat beschlossen, am Sonnabend, den 8. September, Punkt 2 Uhr eine Sitzung in der Staatsdruckerei abzuhalten, zu der sie

1) alle in Konstantinopel ansässigen Vertreter von Schreibmaschinenfabriken,
2) die Vertreter von Druckereimaschinenfabriken,
3) die Vertreter von Schriftgiessereien,
4) die Mitglieder der türkischen Druckereivereinigung,
5) die Schreibmaschinensachverständigen

einladet.

Verlegung des Generalsekretariats der Volkspartei.

Da die Rückkehr des Staatspräsidenten nach Angora bevorsteht, soll das Sekretariat der Volkspartei in den nächsten Tagen nach Angora zurückverlegt werden. Der Generalsekretär Safwet Bej wird sich in Angora mit der Aufstellung der neuen Kandidaten für die erledigten Sitze der G. N. V. beschäftigen.

Assolant und Lefèvre

Paris, 5. Sept. (A.A.)

Die Flieger Assolant und Lefevre, die in Casablanca notlanden mussten, werden wahrscheinlich nach Paris zurückkehren.

Die griechischen Flottenmanöver.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»).

Φ Athen, 1. Sept.

Die griechische Flotte manövriert in der Gegend der Insel Paros. Die Flotte hat Auftrag erhalten, grössere Städte wegen der Ansteckungsgefahr mit Denguefieber nicht anzulaufen.

Bedeutsame Reformen in Afganistan.

Militärdienstpflicht.

Landesflagge schwarz-rot-grün. — Der Thronfolger.

Berlin, 5. September.

Die vom König von Afganistan alljährlich einberufene Grosse Versammlung wandelte sich in ein ständiges Organ von 150 Abgeordneten mit dreijähriger Mandatsdauer um. Sie schaffte einen Teil der Rangordnung und Orden ab, führte eine dreijährige Militärdienstzeit ein und stimmte dem Bau dreier Eisenbahnlinien, zweier Funkstationen, sowie der Einführung der schwarz-rot-grünen Landesflagge zu. Der älteste Sohn des Königspaares wurde zum Thronfolger erklärt.

Eine zögernde Generaldebatte in Genf.

Die Generaldebatte.

Berlin, 5. Sept.

Die für Dienstag in Genf vorgesehene Generaldebatte über die Tätigkeit des Völkerbundes musste verschoben werden, da sich niemand zum Wort meldete. China reichte ein Gesuch auf Verleihung der Wiederwählbarkeit zum Rate ein.

Die Völkerbundsversammlung begann am Mittwoch vormittag die Generaldebatte über die Tätigkeit des Völkerbundes, wobei der holländische Aussenminister Beelaerts u. a. in der Minderheitenfrage die Einsetzung einer besonderen Minderheitenkommission des Völkerbundes nach dem Beispiel der Mandatskommission empfahl, da das bisherige Komitee der Minderheitensektion des Sekretariats an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt sei.

Der Wiedereintritt Spaniens.

Genf, 4. Sept. (A.A.)

Das Büro der Völkerbundsversammlung beschloss, der Versammlung sofort die Annahme der Bitte Spaniens um seinen Wiedereintritt vorzulegen.

Die Vizepräsidenten der Kommissionen

Genf, 4. Sept. (A.A.)

Die einzelnen Kommissionen wählten zu ihren Vizepräsidenten:

Erich (Holland)
Veverca (Tschechoslowakei)
Unden (Schweden)
Demotschelweski (Polen)
Fetitsch (Südslawien)
Forchammer (Dänemark)
Mendeville (Chile)

Stresemann an die Völkerbundsversammlung.

Berlin, 5. Sept.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann dankte der Völkerbundsversammlung telegraphisch für das Begrüssungstelegramm und gab der Hoffnung Ausdruck, der nächsten Ratstagung wieder beiwohnen zu können.

Eine Anleihe für Bulgarien.

London, 5. Sept. (A.A.)

Aus Genf wird gemeldet, dass der Völkerbund eine Anleihe über 5 Mill. Pf. Stlg. für Bulgarien zustimmte, die dem finanziellen Wiederaufbau des Landes dienen soll.

Demission des bulgarischen Kabinetts.

Berlin, 5. Sept.

Da der bulgarische Ministerpräsident Liaptschew die unverzügliche Umbildung des Kabinetts unter Ausschluss des Kriegsministers Wolkow entschieden verweigerte, demissionierten die Minister Burow, Christow und Bokojewski, worauf der Ministerpräsident die Gesamtdemission des Kabinetts einreichte.

Polnische Gäste in Bulgarien.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

○ Sofia, 4. Sept.

Seit einigen Tagen weilt in Sofia eine polnische wissenschaftliche Expedition, die botanische, wissenschaftliche und ethnographische Studien in Bulgarien vornehmen wird, und der ein Delegierter der Sofioter Universität und des bulgarischen Kultusministeriums beigegeben ist.

Gleichzeitig ist in Warna das polnische Schulschiff «Lwow» eingetroffen, dessen Vertreter sofort mit den offiziellen Persönlichkeiten Fühlung genommen haben.

Beide Expeditionen zeugen von der beginnenden polnisch-bulgarischen intellektuellen Zusammenarbeit.

Griechenland und Ungarn an Achmed Zogu.

Berlin, 5. Sept.

Nach einer Meldung aus Mailand teilten Griechenland und Ungarn in Tirana ihre Anerkennung des monarchistischen Regimes in Albanien mit.

Keine Intervention Südslawiens in Tirana.

Berlin, 5. Sept.

Belgrad dementiert die amtliche Meldung, der zufolge Südslawien in Tirana interveniert habe, weil sich Achmed Zogu den Titel eines Königs der Albanier beigelegt hat.

Tschitscherins Urlaub.

Berlin, 5. Sept.

Verschiedenen Blättern zufolge hat Tschitscherin Moskau zu einem mehrmonatigen Erholungsurlaub verlassen, den er vermutlich in Deutschland verbringen wird.

Aus Deutschland.

Russland-Ausschuss der deutschen Wirtschaft.

Berlin, 5. Sept.

In Anwesenheit von Vertretern der Reichsregierung konstituierte sich in Berlin am Dienstag ein Russlandausschuss der deutschen Wirtschaft, in dem sich 140 Vertreter der Spitzenverbände der deutschen Industrie und Wirtschaft befinden. Zum Vorsitzenden des Arbeitsausschusses wurde Direktor Hans Krämer vom Reichsverband der deutschen Industrie gewählt.

Der Reichspräsident.

Berlin, 5. Sept.

Reichspräsident von Hindenburg ist am Mittwoch aus seinem Sommerurlaub in Bayern nach Berlin zurückgekehrt.

Die Fahrt des neuen deutschen Zeppelins.

Berlin, 5. Sept.

Das englische Luftfahrtsministerium erlaubte dem neuen deutschen Zeppelin die Ueberfliegung Londons.

Eine Deutsche durchschwimmt den Aermelkanal.

Berlin, 5. Sept.

Verschiedenen Blättern zufolge hat die deutsche Turnerin Anni Weynell aus Breslau den Aermelkanal durchschwommen.

Stresemann zum Tod Bokanowskis.

Berlin, 5. Sept.

Reichsaussenminister Stresemann sandte anlässlich des Todes des französischen Handelsministers an Poincaré ein persönliches Beileidstelegramm. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius kondolierte dem französischen Botschafter in Berlin.

Estland und Schweden.

Berlin, 5. Sept.

Der estnische Staatspräsident Tönnisson ist mit Aussenminister Rebane am Dienstag in Stockholm eingetroffen. Er wurde vom König, dem Kronprinzen und dem schwedischen Aussenminister in einer königlichen Schalupe zum Schloss geleitet.

Vom englischen Gewerkschaftskongress.

Berlin, 5. Sept.

Der englische Gewerkschaftskongress in Swansea nahm eine Entschliessung an, in der der Generalrat des Kongresses aufgefordert wird, Massnahmen zur Reinigung der britischen Gewerkschaftsbewegung von kommunistischen Elementen zu ergreifen.

Letzte Nachrichten

Französische Manöver am Rhein

Paris, 5. Sept. (A.A.)

Unter dem Befehl General Guillaumats und unter Teilnahme englischer Kavallerie beginnen die Manöver der Rheinarmee.

Ein französisches Luftministerium.

Paris, 5. Sept. (A.A.)

Der Kabinettsrat beschloss die Schaffung eines Luftministeriums. Am 14. September wird ein entsprechendes Dekret Doumergue zur Unterzeichnung vorgelegt.

China an den Völkerbund.

Genf, 5. Sept. (A.A.)

China reichte seine Kandidatur zur Wiederaufnahme im Völkerbund heute morgen ein.

35 Staaten für den Kelloggpakt.

Berlin, 5. Sept.

Nach einer Mitteilung des Staatsdepartements in Washington erklärten bisher 35 Staaten ihren Beitritt zum Kelloggpakt.

Einer Meldung aus Washington zufolge erklärten sich auch Aegypten, Abessinien, Schweden, Portugal, Estland und Venezuela zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes bereit.

Rückgang des Denguefiebers.

Berlin, 5. Sept.

Einer Meldung aus Athen zufolge hat die griechische Fieberepidemie ihren Höhepunkt überschritten. Die Zahl der Kranken hat bereit beträchtlich abgenommen, trotzdem wurde die Eröffnung des Parlamentes wegen der Epidemie auf Oktober verschoben.

Auch die Saarfrage will gelöst sein.

In den Erörterungen über die Beseitigung der Kriegsrückstände in den deutsch-französischen Beziehungen ist in erster Linie immer von der Räumung der zweiten und dritten Besatzungszone des Rheinlandes die Rede. Gleich bedeutungsvoll ist aber die Klärung der endgültigen Besitzlage des Saargebietes. Auch hier würde eine schnelle und restlose Liquidierung der französischen Erwerbshoffnungen gerade im französischen Interesse besonders wünschenswert sein. Glaubt heute doch kein Mensch im Saargebiet und auch kein aufrichtiger Franzose mehr daran, dass eine Volksabstimmung, wie sie als Beendigung des gegenwärtigen Zustandes vorgesehen ist, das Saargebiet, ein völlig deutsches Land mit rein deutscher Bevölkerung, an Frankreich bringen könnte. Die weitere Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes ist also nur eine Quälerei für die unmittelbar betroffene Bevölkerung und eine Quelle ständiger Missheiligkeiten für Deutschland, Frankreich und den Völkerbundsapparat. Auch in der Saarfrage liegt eine jener von dem Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer in seiner Ansprache an Herriot erwähnten Möglichkeiten für das französische Volk, sich das Vertrauen des deutschen Volkes zu erwerben.

Vorläufig hat es noch in keiner Weise den Anschein, als ob man in Frankreich auch nur im entferntesten die Absicht hätte, das spruchreife Saarexperiment zu lösen. Obwohl die französischen Kohlengruben, für deren Ersatz das Saargebiet beschlagnahmt worden ist, längst wieder und zwar über das Friedensmass hinaus, in Betrieb sind, betreibt Frankreich eine Ausbeutung der Saargruben, die von Fachleuten als schlimmster Raubbau ohne Rücksicht auf die Zukunft bezeichnet wird. Auch auf dem Gebiete des Schulwesens ist eine Politik der Begünstigung französischer Wünsche und Interessen immer wieder festzustellen. Die Förderung französischer Schulen, die Einführung französischen Unterrichts in den Volksschulen, Verwaltungsmassnahmen, die den Lehrern die Verbindungen nach Osten hin erschweren und nach Westen hin erleichtern, das sind alles Massnahmen, die nicht gerade zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen geeignet sind.

Besonders erschwerend für eine Vernunftgemässe Lösung der Saarfrage ist die Arbeit der französischen Propaganda und ihre Auswirkungen. Diese besonders durch die Presse in Frankreich betriebene Saarpropaganda ist bemüht, immer noch unerfüllbare Hoffnungen hinsichtlich einer Einverleibung des Saarlandes zu nähren. Nicht nur die breiten Massen, sondern sogar Berufspolitiker sind sich nach wie vor völlig im unklaren über die tatsächlichen Verhältnisse des Saargebietes. Die Saarbrücker Zeitung wusste schliesslich von einem französischen Deputierten zu berichten, der zu einem hohen deutschen Beamten kam, um ihm einen eigenartigen «Friedensvorschlag» gemäss den französischen Wünschen zu machen. Zur Begründung stellte er die Behauptung auf, «dass doch das Saargebiet ein Gemischtsprachiges Gebiet sei». Auf die erstaunte Frage, wie er zu dieser Auffassung komme, erwiderte der offenbar Ahnungslose mit dem Hinweis auf die französischen Schulen im Saargebiet! Man hat den von seinen eigenen Landsleuten irregeführten Deputierten wohl sehr deutlich darüber aufgeklärt, dass die französischen Schulen für die Kinder der französischen Beamten usw. nach dem Saarstatut errichtet werden mussten und dass nur in geringer Zahl deutsche Eltern sich durch schärfsten wirtschaftlichen Druck der Bergbeamten, von denen sie abhängig sind, haben zwingen lassen, ihre Kinder in die französischen Schulen zu schicken, wo sie fast nichts lernen. Man wird der Saarbrücker Zeitung recht geben müssen, wenn sie feststellen zu können glaubt, dass der sonst unverständliche Druck auf die deutschen Eltern in der Schulfrage nur aus dem Grunde ausgeübt wird, um das Saargebiet gemischtsprachig erscheinen zu lassen. Es lastet also eine ausserordentlich schwere Verantwortung auf denjenigen Eltern, die aus irgendwelchen Gründen äusseren Vorteiles ihre Kinder in französische Schulen schicken, viel sind es erfreulicherweise nicht, und die dadurch dem Gegner in seinem politischen Kampfe um das aus wirtschaftlichen Gründen so beliebte Saargebiet Waffen in die Hand geben. Ein weiterer bezeichnender Vorfall wird im «Saarfreund» erzählt.